



Themen in dieser Ausgabe:

- **Wieder einmal ein Beschluß zum Berliner Stadtschloß**
- **Erzherzog Otto von Österreich im Exil gestorben**
- **König Mohammed VI. gibt Marokko neue Verfassung**
- **Jamaika: Politiker wollen eine Republik, das Volk will etwas ganz anderes**

Jahr 5, Ausgabe 10

10.07.11

Bezieher: 557

CORONA-Nachrichten für Monarchisten

Wieder einmal ein Beschluß zum Berliner Stadtschloß



Unter dem preußischen *Kurfürst Friedrich III.* (ab 1701 *König Friedrich I. in Preußen*) baute *Andreas Schlüter* ab 1699 das Schloß zu einem bedeutenden Profanbau des protestantischen Barocks aus. 1950 entschied der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, *Walter Ulbricht*, das Stadtschloß als ein Symbol des von ihm so bezeichneten „preußischen Absolutismus“ zu sprengen und abzutragen.

Während eine Milliarde Euro nach der anderen verbrannt wird, um die gescheiterte griechische Republik noch eine Weile länger am Leben zu erhalten, beschäftigt sich der Haushaltsausschuß des Bundestages mit einer wichtigeren Angelegenheit: der Frage, ob der Bau des Berliner Stadtschlösses nicht zu teuer ist. Es wäre in diesem Zusammenhang sicher einmal interessant auszurechnen, wie viele Dutzend Stadtschlösser nebeneinander für den deutschen Anteil an den derzeitigen und geplanten Griechenland-Krediten errichtet werden könnten.

Jedenfalls wurde wieder einmal beschlossen, daß das Stadtschloß kommen soll. 2010 wurde das Projekt wegen Mehrkosten zunächst gestoppt, jetzt wurde die Kostenobergrenze von 552 auf 590 Mio. Euro angehoben. Die Grundsteinlegung soll sogar schon im Jahr 2013 erfolgen. Beschlossen wurde auch, daß die Kuppel des Stadtschlösses durch Spenden finanziert werden soll. Das bedeutet, daß zu den 80 Mio. Euro, die schon jetzt nicht durch den Bund und das Land Berlin, sondern durch Spenden finanziert werden, weitere 26 Mio. Euro kommen. *Wilhelm von Boddien*, Leiter des Spendenvereins, gibt sich hierzu optimistisch, rechnet er doch mit einem immer höheren Spendenaufkommen, je weiter die Rekonstruktion voranschreitet.

Die Frage der Kuppel stelle sich dabei erst 2016, vorher seien die Bauarbeiten ohnehin nicht so weit fortgeschritten, daß man sich darüber Gedanken machen müsse. 15 Mio. Euro hat der Verein bereits gesammelt.

Spenden kann man unter anderem in dem neueröffneten Info-Zentrum auf dem Schloßplatz, der sogenannten „Humboldt-Box“. Diese zog in den ersten drei Tagen nach der Eröffnung 8.000 Besucher an und verfügt über einen Spendenautomaten, der auch eine Quittung fürs Finanzamt ausstellt. Also spendet Leute, sonst bekommen es die Griechen!
L.R.

Erzherzog Otto von Österreich im Exil verstorben

Geboren wurde er am 20. November 1912 als *Franz Joseph Otto Robert Maria Anton Karl Max Heinrich Sixtus Xavier Felix Renatus Ludwig Gaetan Pius Ignatius, kaiserlicher Prinz und Erzherzog von Österreich, königlicher Prinz von Ungarn* und gestorben ist er am 4. Juli 2011 nach seiner Unterwerfung unter die harten Bedingungen der Republik Österreich als *Otto Habsburg* im deutschen Exil. Meist wurde er als *Kaiserliche Hoheit* angesprochen, monarchistische Publikationen in Österreich erwähnten ihn gerne als „*der Hohe Herr*“. Sein 98 Jahre währendes Leben verbrachte der Thronerbe überwiegend im Exil. Dennoch versichern alle, die ihn kannten, daß ihn dies nicht verbittert habe.

Seine Mutter, *Kaiserin Zita* (9. Mai 1892 - 14. März 1989), bestand nach dem Tod *Kaiser Karls I.* (17. August 1887 - 1. April 1922) darauf, daß *Otto* mit *Majestät* angesprochen wurde. Für sie waren die Landesvertretung aus Österreich und die beiden gescheiterten Versuche, die Regentschaft in Ungarn wiederzuerlangen, kein Grund, auf die Thronrechte zu verzichten. Entgegen der in



den meisten Nachrufen behaupteten Abdankung des österreichischen Kaisers und Königs von Ungarn hat *Karl*, wie es in der am 11. November 1918 unterzeichneten Erklärung hieß, nur auf seinen Anteil an der Ausübung der Staatsgeschäfte verzichtet. In keinem der einstigen Kronländer wurde jemals das Volk gefragt, welche Staatsform es denn bevorzuge.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestand mehrmals die Chan-

ce, als Monarch nach Österreich oder Ungarn zurückzukehren, doch nie neigte sich die Waage endgültig zu *Ottos* Gunsten. 1961 leistete er den von der Republik Österreich geforderten Thronverzicht und durfte dennoch nicht zurückkehren. Erst 1966 wurde ihm der Grenzübertritt gestattet. *Kaiserin Zita* erlaubten die Politiker erst 1982, wieder nach Österreich zu reisen - ohne Thronverzicht.

In einer sehenswerten 45-minütigen Dokumentation am 4. Juli im *Bayerischen Fernsehen* und als Wiederholung am 5. Juli auf *Phönix* war vom „*Kaiser ohne Krone*“, so der Sendetitel, die Rede. Der ARD-Korrespondent in Wien, *Thomas Morawski*, zeichnete ein Leben nach, das von politischem Engagement gekennzeichnet war. Auf die Frage, ob er denn Republikaner oder Monarchist sei, gab *Otto*, die orakelhafte Antwort, er sei Legitimist und unterstütze jede legitime Regierung. „*Ein Monarch zu sein, ist kein großer Spaß*“, sagte er laut [Tagesspiegel](#) an seinem 95. Geburtstag. „*Ich hätte es getan, weil es meine Aufgabe gewesen wäre.*“
H.S.

König Mohammed VI. gibt Marokko neue Verfassung



Prinz Georg Friedrich von Preußen und seine Verlobte, Prinzessin Sophie von Isenburg, nahmen an der Hochzeit von Fürst Albert II. von Monaco und Charlene Wittstock teil. Es gelang ZDF-Kommentator Norbert Lehmann sogar, das deutsche Paar zu erkennen und einmal zu nennen. Glückwunsch!

Mit überwältigender Mehrheit und einer Wahlbeteiligung von rund 73% haben die Marokkaner der von König Mohammed VI. eingeleiteten [Verfassungsreform](#) zugestimmt, die Marokko mehr Demokratie bringen soll. Die königliche Antwort auf den arabischen Frühling zeigt dabei, wo der Unterschied zwischen einem mit großen Machtbefugnissen ausgestatteten gekrönten Haupt und einem ungekrönten Präsidenten liegt: Während es letzteren nur um Machterhalt um jeden Preis geht, steht in der Monarchie neben diesem Motiv mindestens gleichberechtigt die Fürsorge des Königs gegenüber den Landeskindern.

Durch die Reform bekommt die stärkste Fraktion im Parlament das verbriefte Recht, den Ministerpräsidenten zu stellen. Dieser wiederum ernennt die Minister. Beide Rechte waren vorher dem König vorbehalten. Mohammed VI. dagegen wird die Kabinettsitzungen präsidieren, kann den Notstand ausrufen und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Neu in der Verfassung festgeschrieben ist seine Rolle als religiöses Oberhaupt Marokkos.

Von der US-amerikanischen Regierung und ihren europäischen Pendanten wurde die Reform einhellig begrüßt. In den deutschen Medien hingegen wurde den wenigen Kritikern wieder einmal ein völlig überproportionaler Raum gegeben, um sich über ihre Vermutungen über Wahlbetrug und die nach ihrer Auffassung mangelnde Reichweite der Reformen auszulassen. Zwar geht einem unweigerlich das Wort „Ostblock“ durch den Kopf, wenn

man von einer Zustimmung von über 95% der Wähler zur neuen Verfassung hört. Jedoch konnten internationale Beobachter für Betrug keine Anhaltspunkte finden und besagte deutsche Medien können nur einen „in Marokko angesehenen Intellektuellen“ und die islamistische Opposition als Quellen für diese Vermutungen angeben.



König Mohammed VI. bei seiner Stimmabgabe am 1. Juli 2011.

In gemäßigeren Kreisen Marokkos wird kritisiert, daß dort sehr schwachen politischen Parteien kaum in der Lage sein dürften, ihrer gewachsenen Bedeutung gerecht zu werden und dies neuerliche politische Reformen verhindern werde. Vielleicht sollten die Verfechter von stärkeren Parteien einmal nach Deutschland fahren, um zu sehen, wie die Postenvergabe in der Staatsverwaltung bis ins unwichtigste Referat hinein vom Parteibuch abhängt, eine politische Willensbildung außerhalb dieser Gruppierungen erstickt wird und die rücksichtslose Ausrichtung auf kurzfristige Wahlerfolge eine nachhaltige Politik unmöglich macht. Dann würden sie vielleicht zu dem Ergebnis kommen, daß Marokko einen starken König und keine starken Parteien braucht. L.R.

Jamaika: Politiker wollen eine Republik, das Volk etwas ganz anderes

Ginge es nach Premierminister Bruce Golding, dann würde ab 2012 in Jamaika ein republikanisches Regime herrschen. Zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung soll Königin Elizabeth II. von Jamaika abgesetzt werden. Aber was er sich so einfach dachte, findet in der Bevölkerung keinen Widerhall. Im Gegenteil: In einer [Meinungsumfrage](#) sagten 60% der Jamaikaner, die 2,8 Millionen Einwohner würden es besser haben, wenn das Land wieder britische Kolonie werde. Nur 17% glaubten, es würde den Jamaikanern unter einer Kolonialregierung schlechter gehen. Das ist ein vernichtendes Urteil über die Politiker, die seit 1962 den Karibikstaat verwalten, das einheitlich bei den über 65-jährigen wie bei den 17- bis 34-jährigen ausfällt.

Was die Monarchie betrifft, so gaben 44% an, das bestehende Westminster-System (mit Monarchin und Premierminister) zu befürworten, während 35% eine Republik wollten, 21% zeigten sich unentschieden.

In den Zeitungen des Inselstaats tobt die

Volksseele. In einem als [„Leserbrief des Tages“](#) veröffentlichten Schreiben wird das Ergebnis der Meinungsfrage lebhaft begrüßt: *It shows that most Jamaicans prefer to remain loyal to Queen and country rather than to politicians.* („Sie zeigt, daß die meisten Jamaikaner es vorziehen, loyal zur Königin und zum Land als zu ihren Politikern zu stehen.“) In der Abwägung von Präsidial- und repräsentativer Republik mit der Monarchie ist für den Leserbriefschreiber klar, wo seine Sympathien liegen: *I must agree with the majority of respondents in that recent Bill Johnson poll and say no to a republic.* („Ich muß der Mehrheit der Befragten zustimmen und sage nein zu einer Republik.“)

Was sich in Jamaika ereignet, ist eine Wiederholung des Geschehens im Karibikstaat [St. Vincent und die Grenadinen](#), wo im November 2009 in einem Referendum die Einführung einer Republik klar abgelehnt wurde. Der dortige Premierminister hatte es sich so einfach vorgestellt, Präsident zu werden, aber machte die Rechnung ohne das Volk. Auch [Tuvalu](#) bestätigte im Juni 2008 mit fast 65% Königin Elizabeth II. als Monarchin des Pazifikstaats. Seit die Australier 1999 mit ihrem Ja zur Monarchie den Anfang machten, war keine Republik mehr an der Wahlurne siegreich. In Nepal riskierten die Politiker kein Volksvotum, weil es wohl nicht ihren Vorstellungen entsprochen hätte. Lieber erklärten sie vorsichtshalber selbst die Monarchie für beseitigt. H.S.

Erzherzog Otto von Österreich:

Vor Gott zählt nicht, ob wir Erfolg gehabt haben. Vor ihm zählt, ob wir uns mit all unseren Kräften für das Gute eingesetzt haben.



Die Königin von Jamaika 2002 mit Veteranen.

Tage:

- 11. Juli 1977: Prinz Louis Ferdinand von Preußen stirbt an den Folgen eines Unfalls während einer Wehrübung.
- 20. Juli 1951: + Der deutsche Kronprinz Wilhelm in Hechingen.
- 1. August 1936: * Herzog Carl von Württemberg, seit 1975 Chef des württembergischen Königshauses.

Impressum:

Herausgeber: Bund aufrechter Monarchisten, Pasterstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen.

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. Juli 2011